

Verein Berliner Kaufleute und Industrieller e.V.

Berlin, mach's anders!

Ein Zukunftspapier für Europas vielseitigste Metropole

Berlin, 11.03.2021

Impressum

Verein Berliner Kaufleute und Industrieller e.V.
Claudia Grosse-Leege – Geschäftsführerin VBKI

Fasanenstr. 85
10623 Berlin
f 030 72 61 08-0
m info@vbki.de

Der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller e.V. ist eingetragen in das Vereinsregister
beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg unter der Nummer 143 Nz

In wenigen Monaten, am 26. September, stellen die Wählerinnen und Wähler die politischen Weichen für das Berlin der kommenden Jahre – auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene zugleich. Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft müssen endlich gemeinsam einen Aufbruch wagen. Berlin kann sich – insbesondere nach der verheerenden Corona-Pandemie – keinen weiteren Stillstand leisten. Zu lange haben Ideologie, Partikularinteressen und die Angst vor Fehlern Entwicklungen verzögert, visionäre Projekte ausgebremst und den Potenzialen unserer großartigen Stadt den Sauerstoff entzogen.

Und welche Potenziale das sind! In aller Welt genießt Berlin einen Ruf als liberale, offene Metropole der Chancen. Gründerinnen und Gründer bringen frische Ideen ein, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler knüpfen Netzwerke weit über die Grenzen Europas hinaus. Kulturschaffende geben kreative Impulse und zukunftssträchtige Unternehmen erzielen Wachstum, auch weil begehrte Fachkräfte lieber hier leben als in anderen Städten und Regionen Deutschlands.

Aus all dem Positiven, das sich mit Leichtigkeit über unsere Stadt zusammentragen lässt, machen Politik und Verwaltung bislang zu wenig. Statt Ideen beherzt zu fördern, werden bürokratische Bedenken wie eine Monstranz vor sich hergetragen. Deshalb muss Berlin in der kommenden Legislaturperiode dazu übergehen, das Denkbare als die Realität von Morgen zu begrüßen. Es gilt, Wachstums- und Umweltziele miteinander zu versöhnen. Es gilt, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, statt den gescheiterten Mietendeckel noch fester auf die Stadt zu drücken. Die Stadt als Gesamtheit gilt es zu entwickeln. Berlin ist mehr als die Summe seiner Bezirke – und endet nur auf dem Papier in Lichterfelde, Staaken oder Heiligensee. Nur gemeinsam mit Brandenburg kann aus der deutschen Hauptstadt die Metropolregion werden, von der uns Sonntagsreden vorschwärmen.

Die folgenden Vorschläge verstehen wir, der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller e.V. (VBKI), als eigene Positionierung, als Beitrag zur Willensbildung sowie als Angebot zum Dialog. Als Unternehmung der Zivilgesellschaft wirken wir mit, Verkrustungen zu lösen und Potenziale zu heben. In diesem Sinn unterbreiten der VBKI und seine Ausschüsse Reformvorschläge für das Selbstverständnis, die Arbeitsweise und die Organisation der Stadt und ihrer Verwaltung (I. und II.). Darüber hinaus beschreiben wir die wesentlichen inhaltlichen Schwerpunkte, die die Stadt und ihre politische Führung in der neuen Legislaturperiode in den Mittelpunkt stellen müssen (III. und IV.). Wir möchten unsere Forderungen umgesetzt sehen.

Inhaltsverzeichnis

I. Berlin: Miteinander.Besser.Regieren	5
1. Im Team regieren	5
2. Freude am Gestalten wecken.....	5
3. Blockaden abbauen, Verantwortung übernehmen	5
4. Fehlerkultur einführen, Kreativität fördern	6
5. Kommunikation verbindlich regeln	6
6. Prozesse beschleunigen	6
7. Digitales Bürgeramt einrichten	6
8. Schnelle Eingreiftruppe gründen	7
II. Aufbruch ins neue Zeitalter: Digitalisierung und schlaue Stadt.....	7
1. Öffentlichen Dienst modernisieren.....	7
2. Partizipation intelligent umsetzen	7
3. Projektstrukturen ausbauen, Kompetenzen fördern.....	8
4. Diversität anstreben.....	8
5. Experten befragen, Exzellenz anerkennen.....	8
III. Stolze Brust: Berlin als Standort mit Zukunft.....	8
1. Wiederaufbauprogramm auflegen	8
2. Wirtschaft und Umwelt versöhnen: für integrierte Stadtentwicklung.....	9
3. Infrastruktur smart erneuern	10
4. Wohnraum schaffen.....	11
5. Mensch und Wirtschaft mobil halten	12
6. Gründungen animieren, Start-ups halten	13
7. Wissen schafft die Ökonomie des 21. Jahrhunderts.....	14
8. Schulbildung forcieren	15
9. Life-Science-Standort pflegen	16
10. Sporthauptstadt retten	17
IV. Wirtschaftsraum Berlin-Brandenburg: resilient und zukunftsfähig	18
1. Stadt und Land verzahnen.....	18
2. ÖPNV ins Umland verlängern.....	18
3. Internationalen Ruf untermauern.....	18

I. Berlin: Miteinander.Besser.Regieren

1. Im Team regieren

Der neue Berliner Senat lebt täglich eine zielorientierte, wertschätzende und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Senatsmitgliedern und Ressorts vor. Jenseits der Theorie vom „Guten Regieren“ geht es dabei um gelebte Praxis. Kein Regierungspartner profiliert sich auf Kosten eines anderen. Vielmehr erzielen alle einen gemeinsamen Erfolg – dank ihres praxisorientierten Handelns und einer respektvollen Arbeitsteilung. Der Senat fordert diese Haltung gleichermaßen von den nachgeordneten Verwaltungsebenen ein und fördert somit ein ganzheitliches, ressortübergreifendes, konstruktives Handeln, das sich am Gemeinwohl orientiert.

2. Freude am Gestalten wecken

Es gilt, unsere Stadt kraftvoll voranzubringen. Dazu bedarf die Exekutive einer neuen Entscheidungsmentalität, die Chancen betont. Alle staatlichen Ebenen nutzen ihre Ermessens- und Gestaltungsspielräume künftig mit mehr Weitblick und Freude am Gestalten. Im Interesse der gesamten Stadt vollzieht sich ein Wechsel der Perspektive: Politik und Verwaltung suchen nach kreativen Ansätzen, Ideen und Projekten, statt Bedenken vorzutragen. Die Devise lautet: Nicht abwiegeln, sondern sagen, was geht.

3. Blockaden abbauen, Verantwortung übernehmen

Diese neue Mentalität wird zu mehr Verbindlichkeit beitragen und verkrustete Denkmuster aufbrechen. In unserer Stadt werden Lösungswege bislang oft wortreich beschrieben, aber nicht beschrritten. Als Entschuldigung führen manche Entscheidungsträger die zweistufige Verwaltung an, in der die Zuständigkeiten zwischen dem Land und den Bezirken nicht klar geregelt seien. Dieses Argument darf nicht noch weiter genährt werden, indem der Rat der Bürgermeister Vetorechte erhält. Im Interesse einer funktionierenden Metropole ist allen zusätzlichen Möglichkeiten zur Blockade eine klare Absage zu erteilen.

Wir schlagen vielmehr vor, die Zuständigkeiten zwischen den Haupt- und Bezirksverwaltungen eindeutig zu regeln: Ein Verwaltungsorganisationsgesetz sollte die Letztverantwortlichkeit des Senats für die Berliner Verwaltung festschreiben. Nach unserer Vorstellung konzentrieren sich die Bezirke auf eine bürgernahe, lokale Verwaltung unter der Fach- und Dienstaufsicht des Senats. Die Bezirksämter sind unter der Weisungsbefugnis des Bezirksbürgermeisters ausschließlich mit qualifizierten Fachleuten zu besetzen.

4. Fehlerkultur einführen, Kreativität fördern

Eine stärkere Orientierung auf Innovation und Gestaltung bringt es mit sich, dass hin und wieder Fehler unterlaufen. Wie moderne Unternehmen sollten Politik und Verwaltung deshalb eine konstruktive Fehlerkultur aufbauen. Wer Ideen und Lösungen wünscht, für die es noch keine Vorbilder gibt, muss also Experimente zulassen, Erfahrungen sammeln und daraus Schlüsse für künftige Projekte und Prozesse ziehen. Ansätze, die sich als Sackgasse erweisen, werden nicht als Scheitern verdammt, sondern als Lernfortschritt begrüßt. Die Führungskräfte fordern von ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine entsprechende Haltung ein und stärken ihnen zugleich den Rücken. Wir empfehlen der Verwaltung einen alten kaufmännischen Grundsatz: Wo gearbeitet wird, passieren Fehler. Wo keine Fehler passieren, herrscht Stillstand.

5. Kommunikation verbindlich regeln

Investorinnen und Investoren sowie Berlinerinnen und Berliner fühlen sich im Austausch mit der Verwaltung oft als Bittsteller, die auf eine E-Mail oder einen Bescheid wochenlang warten müssen. Das muss ein Ende haben. Die Verwaltung sollte Anfragen, Anträge und Vorschläge eher wie ein Kundencenter behandeln. Um den Öffentlich Beschäftigten künftig mehr Orientierung zu bieten, legt der neue Berliner Senat gemeinsam mit den Bezirken für alle Verwaltungseinheiten verbindliche Kommunikationsregeln fest. Dazu gehören auch Fristen, beispielsweise für eine verpflichtende erste Reaktion. Drei Werktage sollten für die Verwaltung einer europäischen Metropole keine Herausforderung darstellen.

6. Prozesse beschleunigen

Der neue Berliner Senat setzt sich daher zum Ziel, für Menschen in dieser Stadt und investitionsbereite Unternehmen kundenorientierte und schnellere Services anzubieten. Administrative Prozesse werden im Berlin der Zukunft deutlich verkürzt. Defizite werden in einer kritischen Prozessanalyse aufgedeckt, statt lediglich nach weiterem Personal zu suchen, das in einem schwierigen Arbeitsmarkt ohnehin kaum zu finden wäre. Abläufe und Routinen werden untersucht und Optimierungspotentiale genutzt. Dabei helfen Best-Practice-Beispiele. So konnte etwa die Stadt Wien dank Digitalisierung ihres Baugenehmigungsverfahrens mehrere Monate Prozessdauer einsparen. Zusätzlich arbeitet das Land Berlin künftig stärker mit Genehmigungsfiktionen.

7. Digitales Bürgeramt einrichten

Ein konkreter Ansatz für eine serviceorientierte Verwaltung und die weitere Digitalisierung von Prozessen besteht darin, ein 13. Bürgeramt auf Landesebene einzurichten. Das Digitale Bürgeramt wickelt bestimmte Dienstleistungen ausschließlich digital ab. Die Anzahl dieser digitalen Services wird während der Legislaturperiode stetig vergrößert. Zudem werden

digitale Prozesse auf die zwölf bezirklichen Bürgerämter übertragen. Hotlines und Beratungsangebote bedienen sich in einer unbürokratischen, verständlichen und inklusiven Sprache. Dazu zählt auch, das Angebot in wichtigen Fremdsprachen auszubauen.

8. Schnelle Eingreiftruppe gründen

Nicht alle Herausforderungen und Entwicklungen sind zu Beginn einer Legislaturperiode bereits absehbar. Zugleich bindet der Aufbau neuer Verwaltungseinheiten Ressourcen, die anschließend für die eigentlichen Ziele fehlen. Das Land Berlin richtet daher eine Schnelle Eingreiftruppe ein. Sie besteht aus mehreren interdisziplinären Projekt-Teams, die umgehend auf Ad-hoc-Aufgaben reagieren. Die neue Einheit wird in der Senatskanzlei angesiedelt. Über den Einsatz von Projekt-Teams entscheidet jeweils der Senat.

II. Aufbruch ins neue Zeitalter: Digitalisierung und schlaue Stadt

1. Öffentlichen Dienst modernisieren

Nicht erst die COVID-19-Pandemie hat uns vor Augen geführt, wie überfordert die digitale Infrastruktur im Öffentlichen Dienst ist. Das liegt unter anderem an veralteter Hard- und Software. Homeoffice, digitale Kommunikation und Projektarbeit erscheinen oft nur möglich, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter persönliche Opfer bringen und wenn Vorschriften umgangen werden. Der neue Berliner Senat knüpft daher an die nun begonnene Modernisierung der IT-Infrastruktur an und stattet sämtliche Verwaltungseinheiten und Bildungseinrichtungen bis spätestens 2025 mit moderner Hard- und Software aus. Unter Berücksichtigung des Datenschutzes wird das digitale Arbeiten der Öffentlichen Hand praxistauglich und zukunftsfähig gestaltet.

Der Aufbau einer Berlin-Cloud (Open-Source-Stack) eigens für Dienstleistungen der Verwaltung kann den bisher schleppenden Umbau der digitalen Infrastruktur beschleunigen. Die Berlin-Cloud kann etwa als einer der ersten Anwenderfälle des Projekts GAIA-X des Bundes positioniert werden. Die Berlin-Cloud wird bewusst als unabhängige Rechtsform außerhalb der bestehenden Verwaltungsstrukturen aufgebaut. Externe Akteure (Start-ups) sollten sich an der Open-Source-Community beteiligen dürfen.

2. Partizipation intelligent umsetzen

Nicht zuletzt beteiligt der neue Senat die Stadtgesellschaft stärker an der Entwicklung Berlins. Digitale Formate werden hierbei zu einem selbstverständlichen Vehikel. Der Senat

setzt auf die Erfahrungen, die Berlinerinnen und Berliner in ihrem Alltag sammeln, und nutzt ihren Blick auf die Realität für eine pragmatische und sachorientierte Politik. Gleichwohl nimmt die Exekutive beherzt ihre Rolle als Entscheidungsinstanz wahr. Partizipation ist keine Ausrede, Verantwortung zu delegieren.

3. Projektstrukturen ausbauen, Kompetenzen fördern

Der neue Berliner Senat wird der fortschreitenden Vernetzung von Themenfeldern und Prozessen unter anderem gerecht, indem er die abteilungs-, ressort- und ebenen übergreifenden Projektstrukturen ausbaut. Gesamtstädtische Herausforderungen werden somit stärker als bisher ganzheitlich und abgestimmt angegangen. Über entsprechende Einstellungen, Weiterbildungen und Praxiserfahrungen fördert das Land Berlin die methodischen, kommunikativen und individuellen Kompetenzen seiner Beschäftigten.

4. Diversität anstreben

Gemischte Teams aus Männern und Frauen, erfahrenen und jungen Beschäftigten, Expertinnen und Quereinsteigern führen verschiedene Perspektiven zusammen und gelangen in der Regel zu besseren Ergebnissen. Der Berliner Senat diversifiziert daher seine Beschäftigtenstrukturen weiter und steigert die Durchlässigkeit der Verwaltung. Überraschende Lebensläufe und Praxiserfahrungen jenseits des Gewohnten werden als Mehrwert anerkannt. Zeitgemäße Weiterbildungsangebote unterstützen die professionelle Entwicklung aller Verwaltungsbeschäftigten in Wirtschaft, Wissenschaft oder Stadtgesellschaft.

5. Experten befragen, Exzellenz anerkennen

In Berlin und Brandenburg haben sich einzigartige Netzwerke von Expertinnen und Experten in Wirtschaft, Wissenschaft und Stadtgesellschaft gebildet. Diese Menschen verfügen über ein fachliches und prozessuales Wissen, das der neue Berliner Senat als Ressource wertschätzt und abrufen. Zu diesem Zweck schafft er verbindliche Formate. Zugleich bindet der Senat Erfahrungen aus anderen Städten und Ländern ein.

III. Stolze Brust: Berlin als Standort mit Zukunft

1. Wiederaufbauprogramm auflegen

Wenn die weltweite COVID-19-Pandemie endet, werden die Wunden der Wirtschaftslandschaft Deutschlands sichtbar werden. Berlin wird besonders betroffen sein, weil seine

Prosperität in den zurückliegenden Jahren wie in keiner anderen deutschen Großstadt vom Dienstleistungssektor, vom Tourismus und von der Kultur getragen worden ist. Bekam die Hauptstadt die Folgen der globalen Finanzkrise 2009 nicht in dem Maße zu spüren wie andere Ballungsräume, schlägt die Pandemie mit Wucht zu: Reise- und Kontaktbeschränkungen haben ganze Branchen gleichsam über Nacht um ihre Umsätze gebracht. Es wird nunmehr darauf ankommen, Strukturen für die Welt von morgen zu schaffen, die resilienter sind und auch den Herausforderungen jenseits der Pandemie gerecht werden.

Zuallererst ist es wichtig, Unternehmen und Beschäftigten – insbesondere in den von der Pandemie besonders hart getroffenen Branchen – wieder Perspektive und Hoffnung zu geben. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, die Zahl der Insolvenzen zu begrenzen und den Verlust von Arbeitsplätzen zu minimieren. Gleichzeitig gilt es, Brücken in die Zukunft zu bauen. Dazu startet der neue Berliner Senat umgehend ein Wiederaufbauprogramm. Es setzt gezielte Anreize und Impulse für Wachstum und Entwicklung. Konkret umfasst es folgende Maßnahmen:

1. Der Pakt „Wir packen gemeinsam an“ zwischen Senat, Arbeitgebern und Arbeitnehmern – befristet bis Ende 2022 – eröffnet Handlungsspielräume für wirtschaftliches Handeln.
2. Eine Investitionsoffensive macht öffentliche Infrastrukturen zukunftsfähig.
3. Regulatorische Maßnahmen werden bis Ende 2022 eingeschränkt.
4. Die Gewerbesteuer als Unternehmenssteuer des Landes bleibt für die Dauer der Legislaturperiode auf dem bisherigen Niveau.

Die Maßnahmen gegen die Folgen der Finanzkrise von 2009 haben gezeigt, dass der Staat als Auftraggeber wichtige Impulse setzen kann. Die Änderung oder zumindest temporäre Aussetzung rigider Vorschriften zum Beispiel im Vergaberecht eröffnet regionalen Unternehmen zusätzliche Chancen. Die Baukonjunktur als Motor der wirtschaftlichen Prosperität der Stadt muss durch vereinfachte und beschleunigte Genehmigungsverfahren gestärkt werden. Die momentan diskutierte Landesbauordnung verteuert und verkompliziert das Bauen weiter.

Prüfstein jeder Entscheidung muss zukünftig sein, ob sie der wirtschaftlichen Entwicklung dient. Nur eine starke Wirtschaft schafft die Grundlagen dafür, den Schwachen in der Gesellschaft helfen zu können. Deshalb ist jeder für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes in die Hand genommene Euro zukunftsorientiert angelegt.

2. Wirtschaft und Umwelt versöhnen: für integrierte Stadtentwicklung

Klimawandel und Umweltschutz gehören zu den größten Herausforderungen unserer Zeit. Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir unsere Art zu leben, zu arbeiten, zu bauen und uns zu bewegen überdenken. Darin stecken Chancen für einen zukunftsfähigen Umbau der

Wirtschaft. Umwelt- und Energietechnik sollte daher als Cluster strategisch weiterentwickelt werden. Unsere Landesbeteiligungen sind zudem stärker als bisher für unsere gesamtstädtischen Klimaziele einzusetzen. Dazu startet das Land Berlin eine Investitionsoffensive in nachhaltige und ressourcenschonende Infrastrukturen. Die Bundesländer Berlin und Brandenburg werden aufgefordert, eine gemeinsame Strategie für nachhaltigkeitsorientierte Start-ups zu entwickeln. Die Initiative des Forums CEOsforBerlin für eine klimaneutrale Stadt dient dabei als Grundlage.

Das Leitbild der Stadtentwicklung lautet: „Alles hängt mit allem zusammen“. Intelligente Infrastrukturen, integrierte Mobilitätskonzepte, die klimaneutrale und nachhaltige Stadt sind übergeordnete Ziele im Sinne einer Matrixstruktur. An die Stelle einer Vielzahl von Strategien und Masterplänen, die für Außenstehende schwer zu durchdringen sind, muss eine Berliner Dachstrategie treten. Unter ihr müssen sich konkrete und verständlich formulierte Ziele zusammenfügen. Alle anderen Strategien werden integriert beziehungsweise auf die Dachstrategie bezogen. Bei der Strategiearbeit sind agile Formate auch mit digitalen Tools zu implementieren, um der berechtigten Forderung der relevanten Stakeholder und der Stadtgesellschaft nach Beteiligung nachzukommen. Das WerkStadtForum, eine Initiative des Bezirks Charlottenburg und der AG City, hat dies exemplarisch umgesetzt. Zugleich gilt es, das Tempo anzuziehen. Partizipation ist gut und richtig. Wird daraus ein schier endloser Schlagabtausch, hemmt sie aber Innovation und Entwicklung.

3. Infrastruktur smart erneuern

Die großen Innovationen des 19. und 20. Jahrhunderts prägen die Berliner Infrastruktur bis heute. Dazu zählen die moderne Kanalisation, der Siegeszug der Elektrizität und das Schnellbahnnetz, das Menschen in aller Welt als „S-Bahn“ kennen. Das Berlin von 1920 war die drittgrößte Stadt der Welt – und funktionierte. Noch heute profitiert die Stadt von diesen weitblickenden Investitionen. Sie unverändert weiter zu nutzen, wird den Herausforderungen unserer Zeit aber nicht mehr gerecht.

Die schlaue Stadt der Zukunft (Smart City) weist eine vernetzte Infrastruktur auf. Es wird darum gehen, die richtigen Ressourcen zur richtigen Zeit zur Verfügung zu stellen. Energie- und Wasserversorgung, Mobilität und Kommunikationssysteme müssen miteinander kommunizieren. Die Stadt ist mit einer Sensorik auszustatten, die in Echtzeit Daten liefert, auf die alle Dienstleister in einer diskriminierungsfreien Cloud im Sinne der Open-Data-Grundsätze zugreifen können. Dabei müssen die Betroffenen an den gewonnenen Daten teilhaben können. Eine nachvollziehbare Rechenschaftslegung schafft Vertrauen in der Bevölkerung. Menschen wie Unternehmen sollen zur Mitwirkung und Gestaltung der smarten Stadt der Zukunft eingeladen sein. Auch im digitalen Raum bleibt Berlin eine offene Stadt – offen für die Kreativität und den Innovationsgeist seiner Bewohnerinnen und Bewohner, für informelle Strukturen, offen auch für heute noch nicht absehbare neue Lösungen und für

Impulse von außen. Staatliche Initiative und Regulierung muss in erster Linie für Standards, Transparenz und Austauschmöglichkeiten sorgen.

Schriebe die Politik bestimmte Technologien fest, statt den offenen Wettbewerb um die beste Lösung zu ermöglichen, würde sie Innovationen ausbremsen. Damit die Stadt von Morgen das leisten kann, ist der Breitbandausbau bis Mitte der neuen Legislaturperiode flächendeckend abzuschließen. Gleiches gilt für die flächendeckende Einführung des 5G-Mobilfunknetzes.

4. Wohnraum schaffen

In der kommenden Legislaturperiode muss endlich mehr bezahlbarer Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung geschaffen werden, für Neuberlinerinnen und -berliner sowie Umzugswillige gleichermaßen. Das gilt umso mehr vor dem Hintergrund eines nach der Pandemie voraussichtlich wieder anziehenden Bevölkerungswachstums. Viele kostbare Jahre wurden verschenkt. Der Mietendeckel schafft keine einzige neue Wohnung, nutzt Besserverdienenden eher als Normalverdienenden, hat das Angebot an Mietwohnungen halbiert und das Wohnungssanierungsgeschäft gebremst. Ähnliches gilt für Enteignungen. Die Milliarden, die sie kosten, gehen für den Neubau, Schulsanierungen, Wissenschaft und Kultur verloren. Beides ist im Übrigen ein bewusster Bruch mit der erfolgreichen Rechts- und Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Die Politik der vergangenen Jahre hat die Wohnungsknappheit in der Hauptstadt verschärft, Investoren verschreckt, die überwiegend intakten Beziehungen zwischen Mietern und Vermietern ohne Not belastet sowie hohe Wohnungsleerstände ebenso provoziert wie die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. In kaum einer anderen großen deutschen Stadt ist daher die Konkurrenz um freie Mietwohnungen so groß wie in Berlin. Dem Verlust von 20.000 Sozialwohnungen zwischen 2014 und 2020 stehen zu wenige Neubauwohnungen gegenüber, von denen darüber hinaus 91 Prozent mehr als 10 Euro pro Quadratmeter kosten.

Steuert der Senat in der nächsten Legislaturperiode nicht entschieden um, wird sich der Wohnungsmangel verschärfen und die Mieten werden weiter steigen. Der Wohnungsmangel kann nachhaltig nur mit einer konsequenten Politik für Neubau gelöst werden. Land und Bezirke sollten für die neue Legislaturperiode ein klares Bekenntnis zu Neubau abgeben, mit ambitionierten jährlichen Zielzahlen von mindestens 30.000 Wohneinheiten. Für die Erreichung dieser Ziele bedarf es zwingend öffentlicher und privater Bauträger.

Der VBKI bekennt sich ausdrücklich zu den gewachsenen sozialen Strukturen in der Stadt. Berlin muss eine Metropole für Menschen aus unterschiedlichen Einkommensverhältnissen bleiben. Wucher und Spekulation sind mit den Instrumenten des Miet- und öffentlichen Rechts auch unter Einsatz des Wucherparagrafen zu bekämpfen.

Die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus, die Wiederbelebung eines zweiten Förderwegs und die Ausweisung und Vergabe günstiger Bauflächen sind die Gebote der Stunde. Dazu gehören auch Programme, die aus Mieterinnen und Mietern Eigentümerinnen und Eigentümer machen. Insgesamt kann sich Berlin an Hamburg ein Beispiel nehmen, wo eine vergleichbar angespannte Wohnungslage unter anderem über eine konsequente und konsensuale Wohnungsneubaupolitik erfolgreich befriedet wurde.

Angesichts von Engpässen bei Grundstücken und Ressourcen bedarf es:

- intelligenter Vergaben durch Konzeptverfahren,
- einer verstärkten Bereitstellung von Bauland auf Flächen, die seit Jahren unterbeziehungsweise fehlgenutzt werden (zum Beispiel Tempelhofer Feld),
- aber auch der Erweiterung von Bestandsimmobilien durch maßvolle Anbauten und Aufstockungen.

Politik und Verwaltung sollten im Zweifel immer das Gemeinwohl der Stadt den Partikularinteressen vorziehen, beispielsweise denen der alteingesessenen Nachbarschaft beim Neubau benötigter Wohnquartiere. Lückenschlüsse und höheres Bauen gehören ebenfalls zum Instrumentarium.

Der Senat richtet an zentraler Stelle – am besten in der Senatskanzlei – den Runden Tisch „Wohnungsbau“ ein und begleitet die Vorhaben im Verbund mit den Bezirken eng und konstruktiv. Zugleich werden Planungs- und Genehmigungsprozesse mit Hilfe digitaler Lösungen und einer bedarfsgerechten Personalausstattung in den bezirklichen Planungsämtern modernisiert und beschleunigt. Ermessensspielräume werden genutzt. Im gesamtstädtischen Interesse leistet ein architektonisch und städtebaulich niveauller Neubau einen zentralen Beitrag, um die Klima- und Nachhaltigkeitsziele Berlins zu erreichen. Zugleich trägt er zu lebenswerten Quartieren bei.

5. Mensch und Wirtschaft mobil halten

Berlin wächst. Die Mobilitätsbedürfnisse werden größer und der Verkehr belastet Umwelt und Infrastruktur. Die autogerechte Stadt der 70er Jahre hat sich längst als Irrweg für die Moderne erwiesen. Zugleich aber ist Berlin eine vergleichsweise raumgreifende, dünnbesiedelte Metropole. Die Fläche Pankows allein entspricht der von Paris. Eine ausschließlich auf das Fahrrad als Hauptverkehrsmittel setzende Politik wie in Kopenhagen oder Amsterdam passt nicht zur Stadt.

Berlin braucht innovative Konzepte für eine umweltfreundliche, effiziente und sichere Mobilität und Logistik. Anhand dieses Leitbildes setzen wir uns für eine Politik ein, die ideologiefrei ein breites, nutzerfreundliches und technologieoffenes Portfolio unterschiedlicher Formen von Personen- und Wirtschaftsverkehr im Blick hat. Alle Verkehrsträger

haben abhängig von Situation und Bedarf ihre Berechtigung und sollten entsprechend ihren Stärken eingesetzt werden und einander ergänzen. Mobilität muss daher künftig deutlich intermodaler und nachhaltiger gedacht und ermöglicht werden.

Dazu zählen:

- die Steuerung fließenden Verkehrs mittels sektorenübergreifender Daten,
- der bedarfsgerechte und nutzerfreundliche Ausbau der Ladeinfrastruktur für die E-Mobilität,
- eine Qualitätsoffensive im ÖPNV,
- Car-Sharing und Ride-Pooling,
- intelligente Konzepte für Fußgänger- und Fahrradverkehr.

Der Wirtschaftsverkehr muss als lebenserhaltende Ader unserer Stadt verstanden und in die Verkehrskonzepte stärker integriert werden. Ziel muss es sein, in der Innenstadt emissionsarme und platzsparende Lieferfahrzeuge einzusetzen und bestimmte Güterströme von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Güter müssen möglichst umweltfreundlich zum Händler, zu Micro-Hubs und zum Endverbraucher gelangen.

Grundlage für diese schrittweise Transformation ist der konsequente Ausbau der digitalen Infrastruktur. Die bedarfsgerechte Einführung von 5G ermöglicht es, Daten in Echtzeit zu übermitteln. Dies wiederum ist notwendig, um Verkehrsströme zu steuern. In neuen oder umzugestaltenden Vierteln wäre dies von Anfang an zu berücksichtigen.

Die neue Mobilitätsstrategie muss über die Landesgrenze hinausreichen und mit dem Land Brandenburg synchronisiert werden. Auch die Umlandberlinerinnen und -berliner nutzen weiterhin Infrastruktur der Hauptstadt. Die Hauptstadtregion braucht eine Verkehrsinfrastruktur aus einem Guss.

6. Gründungen animieren, Start-ups halten

Innerhalb von weniger als 15 Jahren hat sich Berlin zu dem mit großem Abstand wichtigsten Standort in Deutschland für Start-ups und Wachstumsunternehmen der Digitalwirtschaft entwickelt. Entstanden ist ein Digital-Ökosystem mit:

- genauso vielen Start-up-Finanzierungen wie Bayern, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Hamburg zusammen,
- einer Spitzenreiter-Position auch beim Deal-Volumen: Mehr als jeder zweite hierzulande in Start-ups investierte Euro (52 Prozent) wurde im ersten Halbjahr 2020 in Berliner Start-up-Unternehmen investiert.

- Wachstumsunternehmen wie Zalando, Delivery Hero, Auto1, N26, HelloFresh, Infarm und vielen anderen, die am Standort Berlin bereits Zigtausende neue Arbeitsplätze geschaffen haben und
- erfolgreichen Unternehmensgründerinnen und -gründern, die ihrerseits zu wichtigen Investorinnen und Investoren am Standort Berlin geworden sind.

Im europäischen und auch internationalen Vergleich ist die relative Bedeutung der Stadt als Innovationsstandort in Gefahr. Einer der Hauptgründe hierfür ist die nach wie vor unzureichende Skalierbarkeit vieler Geschäftsmodelle auf dem deutschen Markt. Besonders relevante wirtschaftliche Potenziale neuer Technologien werden bisher kaum strategisch erkannt und entwickelt. Berlin müsste als Stadtstaat wie kaum ein anderes Bundesland Interesse daran haben, digitale und technologische Regulierungen voranzutreiben, die die bessere Anwendbarkeit und Skalierbarkeit von digitalen Produkten garantieren. Berlin sollte den Aufbau einer agilen, offenen Policy-Innovation-Unit für Tech-Regulierung in Deutschland und Europa initiieren.

Zudem können brachliegende Potentiale strategischer Start-up-Politik gehoben werden. In Zusammenarbeit mit Brandenburg kann Berlin einen Start-up-Hub für die Transformation digitaler Geschäftsmodelle auf ländliche Regionen einrichten. Damit können digitale Produkte der Tech-Szene im Hinblick auf Produktentwicklung und Preisgestaltung für die Anwendung in ländlichen Räumen weiterentwickelt werden. Berlin kann sich so als Innovationspartner für den ländlichen Raum profilieren.

Deutschland muss Anwenderstaat für digitale Technologien werden. Berlin muss sich in allen Bereichen und Infrastrukturen (Verwaltung, Verkehr, Bau) zum Anwendungspartner für die Tech-Industrie entwickeln. Berlin verpflichtet sich nach einer Übergangszeit als erstes Bundesland bewusst zum Leitbild „Digital first, in Berlin“ und schafft damit hohe Attraktivität für die globale Tech-Szene.

Darüber hinaus sollte Berlin alles daransetzen, diesen Standortvorteil aufrechtzuerhalten und weiter auszubauen. Dazu vernetzt Berlin stärker als bisher die junge mit der etablierten Wirtschaft und bringt die Kapazitäten eines der weltweit führenden Wissenschafts- und Forschungsstandorte offensiver in das Gründungsgeschehen ein. Außerdem sichert die Stadt Freiräume für Kreativität und Innovation und etabliert Reallabore für die Entwicklung neuer Produkte und Services.

7. Wissen schafft die Ökonomie des 21. Jahrhunderts

Berlin ist die deutsche Forschungshauptstadt. In keiner anderen Stadt gibt es eine solche Anzahl von universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Der Wissenschaft kommt daher bei der künftigen wirtschaftlichen Positionierung Berlins eine Rolle als zentrale Gestalterin zu. Mit Adlershof und Buch ist gelungen, was Blaupause für die Entwicklung an den

anderen „Zukunftsorten“ der Stadt geworden ist: Forschung, Unternehmensgründung und industrielle Nutzung an einem Ort bündeln, um die Kräfte der Region besser zu entfesseln.

Die Metropolregion Berlin ist eine der führenden Life-Science-Regionen der Welt. Die sich daraus ergebenden Chancen sind zu nutzen. Forschung darf nicht durch rigide Vorschriften oder mühselige administrative Prozesse eingeengt werden, etwa durch ein generelles Verbot von Tierversuchen. Schnelle, agile, informelle und hierarchiefreie Netzwerke in Berlin, der Stadt der Freiheit, sind zu fördern. Die starren Cluster und jedes Silodenken sind durch Matrixstrukturen abzulösen. Die Berliner Wirtschaftsförderung ist daran neu auszurichten und entsprechend zu organisieren.

Die Wissensökonomie des 21. Jahrhunderts verlangt neue Formen der Zusammenarbeit in physischen wie virtuellen Räumen, in denen Personen und Perspektiven, Unternehmen, Verwaltungen und Wissenschaft, Wissen, Ideen und Know-how zusammenkommen. Das Land fördert einen Future-Health-Campus inklusive eines Co-Creation-Space, der in ko-kreativen Prozessen innovative Gesundheitslösungen aus der Zusammenarbeit von Forschung, Wirtschaft, Start-ups, Politik und Gesellschaft schafft. Dies könnte ein Signal für die Kompetenz Berlins setzen: Ein intelligentes Miteinander einer Vielfalt von Akteurinnen und Akteuren aus unterschiedlichen Sektoren (*open innovation*) bringt innovative Lösungen für eine nachhaltige Welt hervor. Ein Konzept dafür hat der VBKI bereits erarbeitet.

8. Schulbildung forcieren

Berlin investiert massiv in vorschulische Einrichtungen, Schulen und pädagogisches Personal. In Zukunft führen diese Investitionen zu den Bildungsfortschritten, die eine moderne Bildungspolitik verspricht. Berlin gibt die rote Laterne in den Vergleichsstudien zu Leistungen der Schülerschaft ab und erreicht eine Spitzenposition unter den Bundesländern.

Berlin setzt schulische Bildung als strategischen Schwerpunkt und verfolgt diesen konsequent. Dies umfasst die klare Fokussierung auf hohe schulische Leistungen in den Kernfächern ebenso wie die konsequente Neuorganisation der Strukturen, die Bildung unterstützen, sowie der Schulaufsichtsverfahren wie von der Expertenkommission zur Schulqualität empfohlen.

Eine bessere soziale Integration und Aufstiegschancen für breite Bevölkerungsschichten hängen maßgeblich von höheren Bildungserfolgen ab. Der neue Berliner Senat sollte sich daher als zentrales strategisches Ziel setzen, die Schulabbrecherquote bis 2026 zu halbieren, und seine vorschulischen, wie schulischen Maßnahmen konsequent darauf ausrichten. Zudem sollte jedes Kind ein individuell passendes Bildungsangebot erhalten – ein Kind mit Förderbedarfen ebenso wie ein hochbegabtes.

Schulen müssen ihre Bildungsinhalte und -formate zudem stärker als bisher an die gelebte Realität anpassen. Das heißt auch, mehr Praxis in die Schulen zu bringen. Dazu bietet sich eine

stärkere Vernetzung von Unternehmen und Schulen an – auch um bereits in jungen Jahren Interesse an unternehmerischem Handeln und Selbständigkeit zu wecken. Das duale Berufsausbildungssystem gilt es zu stärken, insbesondere mit Blick auf KMU und Start-ups. Dazu sollten etwa die Möglichkeiten der Verbundausbildung gesichert und ausgebaut werden.

Schulen müssen auch als Organisation spürbar gestärkt werden, damit sie die anstehenden Herausforderungen schultern können. Die Institution Schule muss schneller als bisher pädagogisch, methodisch und organisatorisch ins digitale Zeitalter überführt werden. Die Corona-Pandemie hat uns die bestehenden Defizite schmerzlich vor Augen geführt. Außerdem sollten die Schulen mehr eigene Gestaltungsspielräume und entsprechende Budgets erhalten. Die Schulleitung sollte künftig stärker als bisher auf eine konzeptionell-pädagogisch und eine administrativ-operativ tätige Funktion aufgeteilt werden.

Gute Bildung ist ein entscheidender Faktor für einen prosperierenden Wirtschaftsstandort.

9. Life-Science-Standort pflegen

Die Gesundheitswirtschaft ist die Zukunftsbranche der Metropolregion. Sie zählt rund 21.000 Unternehmen, beschäftigt 380.000 Angestellte und stellt den größten Arbeit gebenden Sektor Berlins dar. Aktuell beträgt ihr Umsatz rund 23 Milliarden Euro, was circa 12 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung der Hauptstadtregion entspricht. Weltweit tätige Unternehmen mit einer Spitzenstellung im Markt wie Bayer, Berlin-Chemie, B. Braun, Biotronik, Carl Zeiss Meditec, Eckert & Ziegler, Berlin Heart, Pfizer Deutschland, Sanofi-Aventis Deutschland, Karl Storz Endoskope, Takeda Pharma und Thermo Fisher Scientific finden sich in Berlin. Andere Unternehmen stammen aus dem innovativen Mittelstand, wieder andere zählen zur Start-up-Szene, die sich im Themenfeld Digital Health bewegt.

Die Kombination aus Unternehmertum, bestehenden universitären und außeruniversitären Instituten und Forschungseinrichtungen sowie öffentlich geprägter Klinikstruktur, einschließlich der Charité Universitätsmedizin, bildet ein einzigartiges Ökosystem und Potential für Translation. Als Forschungs- und Entwicklungspartner für neue Produkte sind die Unternehmen und Forschungseinrichtungen attraktiv für nationale und internationale Talente. Die Länder Berlin und Brandenburg bauen das Gesundheitscluster mit einer gezielten Innovationspolitik im Rahmen der Gemeinsamen Innovationsstrategie (innoBB) aus und entwickeln sich so zur führenden globalen LifeScience-Region.

Der World Health Summit hat sich als das bedeutendste internationale Forum für globale Gesundheitsfragen, strategische Entwicklungen und Entscheidungen im Gesundheitsbereich etabliert und ist politisch weiter zu unterstützen.

COVID-19 hat die fundamentale Bedeutung von Gesundheit und Forschung aufgezeigt. Die Folgen des Klimawandels werden absehbar zu einer weiteren Herausforderung für die

Gesundheitssysteme. Gesundheits- und Lebenswissenschaften sind das Megathema der Gegenwart und der Zukunft. Konkret sollte ein Future-Health-Campus inklusive eines Co-Creation-Space im Berliner Zentrum etabliert werden.

Berlin wird in Zukunft mit anderen Regionen um Investitionen, Innovationen und die besten Köpfe und Talente konkurrieren. Um diese in Berlin zu halten beziehungsweise in die Hauptstadt zu holen, müssen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen. Dazu zählen eine prinzipielle Offenheit für Forschung, ein strategisches Interesse und gezielte politische Unterstützung. Konkret verkürzen die entsprechenden Senatsverwaltungen die Bearbeitungszeiten für Ansiedlungsprojekte um die Hälfte. Die bestehenden Biotech-Campus Adlershof und Buch werden besser an den ÖPNV und den Individualverkehr angebunden.

10. Sporthauptstadt retten

Mit seinen mehr als 600.000 Aktiven, gut 2.000 Sportvereinen und circa 140 Bundesliga-Mannschaften sowie als Austragungstätte zahlreicher nationaler wie internationaler Großveranstaltungen im Breiten- wie im Spitzensport ist Berlin die unangefochtene Sportmetropole Nummer 1. Sport ist für Berlin ein wichtiger Wirtschafts- und Standortfaktor und von enormer Bedeutung für Integration, Inklusion und Gesundheit.

Das Bevölkerungswachstum unserer Stadt sowie eine steigende Bewegungs- und Gesundheitsorientierung lassen die Nachfrage nach Sportangeboten kontinuierlich steigen. Pandemiebedingt sind Vereins- und Spitzensport jedoch in weiten Teilen zum Erliegen gekommen. Der Bestand vieler Mannschaften und Vereine ist gefährdet. Der neue Berliner Senat ist daher aufgefordert, in der neuen Legislaturperiode ein Sofortprogramm für die Sportmetropole Berlin aufzulegen. Dieses umfasst:

- die Einrichtung eines berlinweiten Hilfe-Fonds für Vereine, die wegen der Pandemie in finanzielle Nöte geraten sind,
- ein Investitionsprogramm für den Erhalt und Ausbau unserer Sportinfrastruktur für den Breiten- wie den Spitzensport einschließlich international wettbewerbsfähiger Wettkampfstätten,
- ein klares Bekenntnis zu Spitzensport und Sportgroßveranstaltungen inklusive eines Fahrplans für Bewerbungen um Spitzen-Events und einer klaren Haltung zur Frage einer möglichen neuerlichen Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele,
- eine sichtbarere Wertschätzung und Unterstützung für den im Sport geleisteten ehrenamtlichen Einsatz, ohne den unser Sportleben in dieser Form nicht denkbar wäre sowie
- eine Kommunikationskampagne, die die Vielfalt der Sportmetropole Berlin in Spitze und Breite abbildet und zum Mitmachen einlädt.

IV. Wirtschaftsraum Berlin-Brandenburg: resilient und zukunftsfähig

1. Stadt und Land verzahnen

Die Metropolregion ist als einheitlicher Wirtschaftsraum zu begreifen. Die Bundesländer entwickeln einen Masterplan und standardisieren damit Abstimmungs- und Entscheidungsprozesse. Der Masterplan umfasst unter anderem konkrete Maßnahmen, die die Siedlungsentwicklung, die Verkehrsanbindung, Gewerberaumerschließung sowie Belange des Umwelt- und Klimaschutzes miteinander in Einklang bringen.

Zahlreiche Unternehmen zieht es in den Speckgürtel von Berlin, weil dort noch Flächen zur Verfügung stehen. Das kann für das Land Berlin ein Gewinn sein. Die Standortwahl entscheidet darüber mit, wie hoch die Wertschöpfung ausfällt und wie viele Arbeitsplätze entstehen. Unternehmerische Freiheit wirkt sich also positiv auf die gesamte Region aus. Deshalb sollten die Wirtschaftsförderungen von Berlin und Brandenburg enger miteinander kooperieren. Ziel muss eine gemeinsame Akquisitionsstrategie sein, als Teil des Masterplans.

Mittelfristig sollten sich darüber hinaus die Förderbanken, die Bürgschaftsbanken und die Wirtschaftsfördergesellschaften von Berlin und Brandenburg zusammenschließen.

2. ÖPNV ins Umland verlängern

Die drei am schnellsten wachsenden Landkreise in Deutschland sind Potsdam-Mittelmark, Barnim und Teltow-Fläming. Das bedeutet nichts anderes als dass Berlin über seine Grenzen hinausdrängt, unter anderem weil selbst auf innerstädtischen Brachflächen nicht genügend Wohnraum für Durchschnittsverdienende entsteht. Die Umlandberlinerinnen und -berliner, die der Stadt samt ihrer Steuerkraft den Rücken gekehrt haben, nutzen weiterhin deren Infrastruktur. Sie besuchen die Krankenhäuser, Bildungs- und Kultureinrichtungen Berlins und müssen sich dafür in die Karawane der Pendelnden einreihen. Sofern ihnen dafür keine sinnvollen Verbindungen mit dem ÖPNV zur Verfügung stehen, fahren diese Menschen Auto. Das Projekt i2030 – die Vernetzung von Berlin und Brandenburg durch den ÖPNV – muss ausgebaut, weiterverfolgt und umgesetzt werden. An den Verkehrsknoten braucht es Park-and-Ride-Plätze. Eine VBB-Tarifreform muss Pendelnde ermutigen, ihr Auto außerhalb der Stadt zu parken. Die Region braucht eine Verkehrsinfrastruktur aus einem Guss.

3. Internationalen Ruf untermauern

Die deutsche Hauptstadt genießt weltweit einen exzellenten Ruf als *place to be* für touristische Gäste, Fachkräfte, Kreative, Wissenschaft und Forschung sowie Gründerinnen und Gründer

und Investorinnen und Investoren. Gleichzeitig engagiert sich Berlin in vielen internationalen Netzwerken und Städtepartnerschaften.

Diese Internationalität und Attraktivität unserer Stadt baut der neue Berliner Senat weiter aus. Dazu intensiviert er den Austausch mit anderen international führenden Metropolen und stärkt die internationale Präsenz Berlins in den wichtigsten Zukunftsthemen auf Foren, Events und Messen. Insbesondere die Hochburgen von Kultur und Wissenschaft, Innovation und Start-ups kooperieren künftig noch enger. Das internationale Standortmarketing Berlins wird dazu überprüft und gegebenenfalls weiterentwickelt. Um Willkommenskultur und Internationalität nach innen weiter zu stärken, werden die mehrsprachigen Angebote und Kompetenzen des Landes Berlin ausgebaut.